

Gerüstet für den Krieg?

Militärische und zivile Sicherheitsvorsorge in der Bundesrepublik Deutschland und der NATO in den 1980er Jahre

(English version below)



Russlands völkerrechtswidrige Besetzung der Krim 2014 führte in der Bundeswehr zu einer Refokussierung auf die Landes- und Bündnisverteidigung (LV/BV). Das von 1992/93 bis zum Abzug aus Afghanistan im Vordergrund stehende Internationale Krisenmanagement rückte hingegen in den Hintergrund. Russlands Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 hat auf diese innermilitärische Entwicklung wie ein Katalysator gewirkt und darüber hinaus grundlegende politische und öffentliche Debatten zur Wehrpflicht und anderen Fragen der Daseinsvorsorge in der Bundesrepublik Deutschland angestoßen.

Dieses Umdenken und die daraus folgenden Diskussionen führten in Politik, Gesellschaft und Bundeswehr zu der historisch unterlegten Frage, wie sich Staat und Streitkräfte in einer Allianz idealerweise auf einen Verteidigungskrieg vorbereiten sollen. Spannungs- und Verteidigungsfall, LV/BV, General Defense Plan, Territoriale Verteidigung, Kosten für Sicherheit, Gesamtverteidigung, nukleare Teilhabe und Kritische Infrastruktur: Diese Schlagworte dominieren seither die Fachdebatten und legen Vergleiche mit dem Zeitalter des Kalten Kriegs und der Ost-West-Blockkonfrontation nahe. Wenngleich Deutschland heute – anders als damals – nicht „Frontstaat“ ist, sondern als logistische „Drehscheibe“

fungieren würde, ist die Verteidigung Europas erneut eine gemeinsame Aufgabe der NATO-Staaten und ihrer in Europa stationierten Streitkräfte.

Die großen Linien des Kalten Kriegs hat die historische Forschung klar herausgearbeitet. Unklar hingegen blieb, welchem „erweiterten Sicherheitsbegriff“ (Christopher Daase) und welchem Verständnis von militärischer und ziviler Sicherheitsvorsorge die damaligen staatlichen Akteure folgten. Ebenso ist wenig erforscht, wie diese Sicherheitsvorsorge in den einzelnen Staaten und auch in den supranationalen Zusammenschlüssen konzeptionell angelegt und organisatorisch umgesetzt wurde – was einen Rückschluss auf die Motive der Akteure zulassen könnte.

Historische Untersuchungen zu Sicherheitskonzepten einzelner Staaten sind auch deswegen Desiderate, weil bei der „Suche nach Sicherheit“ (Eckart Conze) die staatliche Sicherheitsvorsorge mit ihren militärischen und zivilen Aspekten wie auch der zivil-militärischen Verschränkung vielfach nicht einbezogen wurde: Bei historiographischen Debatten zum „Sicherheitsbegriff und Sicherheitsverständnis“ von Staaten und Gesellschaften wurden militärische Aspekte vielfach der nicht verteidigungsbezogenen Perspektive nachgeordnet. Konkrete Vorbeugemaßnahmen der nationalen zivilen und militärischen Sicherheit werden dabei in solchen Erörterungen weitgehend nicht analysiert oder (Militär-) Fachzeitschriften überlassen. Die Akteure, die mit der staatlichen Daseinsvorsorge befasst waren, blieben infolge dieser methodisch-theoretischen Vorannahmen ebenso im Dunkeln wie die Mechanismen, die staatliches und militärisches Handeln im Ost-West-Konflikt gewährleisteten.

Vor dem Hintergrund der aktuellen militärpolitischen Entwicklungen nimmt das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr diese Defizite der historischen Forschung zum Anlass, auf seiner 64. Internationalen Tagung für Militärgeschichte (ITMG) über wesentliche Dimensionen militärischer und ziviler Verteidigungsvorsorge auf staatlicher und zwischenstaatlicher Ebene im Kalten Krieg zu diskutieren. Im Fokus steht die Zeit zwischen dem NATO-Doppelbeschluss 1979 und dem Mauerfall 1989, die zahlreiche Anknüpfungspunkte für laufende Debatten bietet.

Die Leitfragen lauten:

1. Wie haben sich die unterschiedlichen NATO-Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland auf den Verteidigungsfall („V-Fall“) vorbereitet?
2. Welche Rolle spielten militärische und zivile Vorstellungen, Planungen und Doktrinen für die Verteidigungsplanungen?
3. Welche nationalen wie internationalen Rechtsgrundlagen gab es dafür?
4. Wie sahen Konzeptionen der (zivil-militärischen) Gesamtverteidigung in der Bundesrepublik aus, und wie wurden sie umgesetzt?

5. Welche Akteure waren beteiligt, und wie wurden sie gesamtstaatlich orchestriert?
6. Wie wurde „Gesamtverteidigung“ in der bundesdeutschen Öffentlichkeit, nicht zuletzt in der Friedensbewegung und der Kulturszene, wahrgenommen, diskutiert und in Medien dargestellt?
7. Wie haben die „NATO-Frontstaaten“ Norwegen, Türkei und Griechenland und die „Drehscheibenstaaten“ wie Belgien, Großbritannien oder Frankreich ihre Verteidigungsplanungen organisiert?
8. Welche alternativen Sicherheits- und Verteidigungskonzepte gab es in neutralen Staaten wie Finnland, Österreich und der Schweiz?
9. Wie haben außereuropäische Staaten mit Westbindung (z.B. Israel und Süd-Korea) die europäischen Verteidigungsplanungen wahrgenommen und diese zumindest teilweise adaptiert?
10. Gab es in den Staaten der Warschauer Vertragsorganisation in den 1980er Jahre Konzepte zur Gesamtverteidigung, und welcher Art waren diese?

Organisatorische Hinweise

Bitte richten Sie Ihren Vorschlag für einen Vortrag oder ein Panel bis zum 30. April 2025 an die unten genannte Kontaktadresse. Der Vorschlag sollte ein 1-2-seitiges Abstract in deutscher oder englischer Sprache sowie einen CV mit kurzem Publikationsverzeichnis enthalten.

Die Tagung findet vom 5. bis 7. November 2025 in Dresden statt.

Konferenzsprachen sind Deutsch und Englisch. Eine Simultanübersetzung steht nicht zur Verfügung.

Das ZMSBw übernimmt für die Referentinnen und Referenten die Kosten für Fahrt und Unterkunft in Anlehnung an das Bundesreisekostengesetz.

Organisatoren: Dr. Heiner Möllers und Dr. Peter Lieb

Kontaktadresse: ZMSBwITMG@bundeswehr.org

Ready for War?

Military and Civilian Security Provision in the Federal Republic of Germany and NATO in the 1980s

Russia's illegal occupation of Crimea in 2014 led to a refocusing of the Bundeswehr on national and alliance defence (Landes- und Bündnisverteidigung; short: LV/BV). In contrast, international crisis management, which had taken centre stage from 1992/93 until the withdrawal from Afghanistan, receded into the background. Russia's invasion of Ukraine in February 2022 has acted as a catalyst for this development in military matters and also triggered fundamental political and public debates on compulsory military service and other issues of general security interest in the Federal Republic of Germany.

This rethinking and the resulting discussions in politics, society and the Bundeswehr led to the historically underpinned question of how the state and its armed forces in an alliance should ideally prepare for a defensive war. 'State of tension' and 'state of defence', LV/BV, General Defence Plan, territorial defence, costs for security, overall defence, nuclear sharing and critical infrastructure: these buzzwords have dominated the specialist debates ever since and suggest comparisons with the Cold War era and the East-West bloc confrontation. Although Germany today - unlike in the pre-1990 era - is not a 'frontline state' but is considered now as a logistical 'hub', the defence of Europe is once again a combined task for the NATO states and their armed forces deployed in Europe.

Historical research has clearly identified the broad lines of the Cold War. What remains unclear, however, is which 'expanded concept of security' (Christopher Daase) and which understanding of military and civilian security provision the state actors of the time followed. There has also been little research into how this security provision was conceptually designed and organisationally implemented in the individual states and in the supranational alliances - which could allow conclusions to be drawn about the actors' motives.

Historical studies on the security concepts of individual states are also scant because the 'search for security' (Eckart Conze) has often failed to include the state's security provision with its military and civilian aspects as well as the civil-military interdependence: In historiographical debates on the 'concept and understanding of security' of states and societies, military aspects were often subordinated to the non-defence-related perspective. Concrete preventive measures of national civil and military security have largely not been analysed in such discussions or have been left largely to (military) journals. As a result of these methodological-theoretical presuppositions, the multitude of actors

involved in the security provision has lacked serious consideration, as have the mechanisms that ensured state and military action in the East-West conflict.

With current military and political developments in mind, the Bundeswehr Centre for Military History and Social Sciences (Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, ZMSBw) is taking these gaps in historical research as an opportunity to discuss important dimensions of military and civilian defence provision at state and intergovernmental level during the Cold War at its 64th International Conference on Military History (Internationale Tagung für Militärgeschichte, ITMG). The focus will be on the period between the NATO Double-Track Decision in 1979 and the fall of the Berlin Wall in 1989, as this era offers numerous points of reference for current debates.

The conference will focus on the following key questions:

1. How did the various NATO forces in the Federal Republic of Germany prepare for the 'defence in a time of war' ('V-Fall')?
2. What role did military and civilian ideas, plans and doctrines play in defence planning?
3. Which national and international legal bases existed for this?
4. What were the concepts of (civil-military) overall defence in the Federal Republic and how were they implemented?
5. Which actors were involved and how were they orchestrated on a national level?
6. How was 'general defence' perceived, discussed and presented in the media by the German public, not least of all in the peace movement and the cultural scene?
7. How did the other 'NATO frontline states' Norway, Turkey and Greece and 'hub states' such as Belgium, Great Britain and France organise their defence planning?
8. Which alternative security and defence concepts existed in neutral states such as Finland, Austria and Switzerland?
9. How did non-European states with ties to the West (e.g. Israel and South Korea) perceive European defence plans and did they at least partly adapt to them?
10. Were there any concepts for 'overall defence' in the states of the Warsaw Treaty Organisation in the 1980s and what kind of concepts were they?

Organisational matters

Please send your proposal for a paper or a panel to the contact address below by 30 April 2025. The proposal should include a 1-2 page abstract in German or English and a CV with a short list of publications.

The conference will take place from 5 to 7 November 2025 in Dresden.

Conference languages are German and English. Simultaneous translation will not be available.

The ZMSBw will cover the speakers' travel and accommodation costs in accordance with the German Federal Travel Expenses Act.

Organisers: Dr Heiner Möllers and Dr Peter Lieb

Contact address: ZMSBwITMG@bundeswehr.org